

Wien, am Dienstag, den 20. November 1928

Die Abgabenteilung und die Gemeinde Wien. Der Wiener Stadtsenat hielt heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss eine Sitzung ab, in der zunächst der Rechnungsabschluss 1927 verabschiedet wurde. Sodann leitete Stadtrat Breitner die Generaldebatte zum Voranschlag 1929 ein, über dessen Ziffern wir bereits eingehend berichtet haben. Der Finanzreferent betonte eindringlich, dass alle Aufstellungen über den Haufen geworfen werden würden, wenn die Pläne der Regierung in Bezug auf die Abgabenteilung und eine Reihe anderer Gesetze, die eine schwere finanzielle Einbusse für Wien bedeuten, Verwirklichung finden sollten. Dann hätte die Gemeinde mit einem Entgang von rund vierzig Millionen Schilling zu rechnen und es würden alle Aufstellungen vollkommen hinfällig sein und die schwersten Folgen sich ergeben. Es musste aber selbstverständlich auf Grund der gegenwärtig geltenden Gesetze aufgefasst werden, und die Gemeindeverwaltung hoffe auch zuversichtlich, dass es ihr gelingen werde, diesen verhängnisvollen Anschlag auf Wien schliesslich doch abzuwehren. Stadtrat Kunschak befasste sich in seiner Rede hauptsächlich mit diesem Teile der Ausführungen des Finanzreferenten und führte aus: Seit Monaten zeichnen sich die Verhandlungen über die Abgabenteilung hin und der Wiener Gemeinderat wurde bis heute über den Stand der Verhandlungen nicht informiert. Ich kann daher an den Ernst der Behandlung dieser Frage nicht glauben, weshalb sich auch die Opposition vollständig freie Hand vorbehält. Für die Mehrheit der Wiener Stadtverwaltung ist die Frage der Abgabenteilung eine reine Parteifrage und auch eine agitatorische Sache. Die Frage der Abgabenteilung ist Ihnen parteipolitisch und finanzpolitisch willkommen. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Abgabenteilung eine ernste Sache ist, eine Angelegenheit, die den Wiener Gemeinderat und die ganze Wiener Bevölkerung interessieren muss. Die Frage der Abgabenteilung muss von einem hohen Standpunkt aus überprüft werden. Das Wohl Wiens ist geknüpft an das Gedeihen der übrigen Bundesländer. Gewisse ausserordentliche Aufwendungen der Länder dienen dem Interesse Wiens. Es ist für Wien nicht gleichgültig, welche gesundheitlichen Verhältnisse in den Ländern herrschen und was auf dem Gebiete des Strassenwesens geleistet wird; der Wienerwald, das Erholungsgebiet für die breiten Massen der Wiener Bevölkerung dient mehr den Interessen Wiens, als dem Lande Niederösterreich. Es ist die Frage zu erwägen, ob nicht doch das gegenwärtige Verhältnis in der Abgabenteilung überprüft werden soll. Sie sagen, der Bund soll den Ländern helfen. So liegen die Dinge nicht. Wir können diese demagogische Aufsäumung der Frage der Abgabenteilung nicht billigen. Es muss Interesse gegen Interesse geprüft werden. Nach Ihrer Auffassung soll die Verminderung der Ertragsanteile für Wien durch Steuererhöhungen wettgemacht werden, obwohl im Voranschlag selbst sich Möglichkeiten ergeben, für den Ausfall Bedeckung zu finden. Die Gemeindegasse ist mit 3'5 Millionen Schilling eingestellt; ihre Tätigkeit hat noch nicht den Beweis erbracht, der ihre Notwendigkeit bestätigt. Die Agenden der Strassenpolizei haben der Gemeinde Wien bisher keine Ausgaben verursacht. Die Aufstellung einer städtischen Strassenpolizei ist aber mit gewaltigen Ausgaben verbunden, für deren Eventualität jedoch im Budget nicht vorgesorgt ist. Der Redner weist dann noch auf die Theaterpolizei hin und erklärt, dass die Gemeinde auch nach den Staatstheatern greifen will, um sie zu städtischen Theatern umzuwandeln. Wenn also eine Bedeckung für den Ausfall gesucht wird, so ist sie gegeben. Wir sind auch der Meinung, dass der Wohnhausbau aus Anleihemitteln bestritten werden soll. In diesem Budget haben Sie für den Wohnungsbau 76 Millionen Schilling eingestellt. Wir sind bei der Stabilisierung der Ausgaben für den Wohnungsbau angelangt, es kann deshalb die Frage einer Wohnbauleihe überprüft werden; die Wohnbauleihe wäre die Verzinsung einer gewaltigen Anleihe. Es wäre dann gleich möglich, eine Summe von vierzig Millionen Schilling im Budget freizubekommen für den Ausfall an Abgabenertragsanteilen. Stadtrat Breitner hat durch seine Mitteilung über die eventuellen Steuererhöhungen das Wirtschaftsleben schwer beunruhigt und auch im Nationalrat macht sich schon ein starker

Widerstand gegen die Vermehrung der sozialpolitischen Lasten geltend. Es ist sehr zu bedauern, dass sich der Finanzreferent in der Frage der Abgabenteilung für seine Mitteilungen das Podium der Versammlungen ausgesucht hat. Stadtrat Kunschak ersucht schliesslich um Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen über die Abgabenteilung. Stadtrat Breitner erwiderte darauf folgendes: Es ist ganz selbstverständlich, dass der Wiener Gemeinderat rechtzeitig Gelegenheit erhalten wird, sich mit einer so lebensentscheidenden, tief einschneidenden Angelegenheit zu befassen. Es ist deshalb bisher nicht geschahen, weil erst volle Klarheit erlangt werden musste, wie gross eigentlich die Summe ist, um die es sich handelt. Die bisher stattgefundenen zwei Besprechungen mit dem Finanzminister haben eben dieser Frage gegolten. In der ersten Sitzung hat der Bürgermeister darauf verwiesen, dass es sich ja nicht allein um die 23 Millionen Schilling handle, um welche die Abgabenertragsanteile Wiens zugunsten der Länder gekürzt werden sollen. Dazu kommt noch die Herabminderung jener Vergütung, die Wien für die Einhebung der Bundessteuern erhält, was weitere 3'8 Millionen Schilling ausmache. Daneben laufe die Änderung des Krankenanstaltengesetzes und ein Gesetzentwurf der Regierung, durch den die Fürsorgeabgabe für gewisse Kategorien, wie Verwaltungsräte, stille Gesellschafter mit Fixbezügen und so weiter, abgeschafft werden soll. In diesem Gebiet gehört auch die Absicht, die Automobilsteuer durch eine Benzinsteuer zu ersetzen. Es wurde das Verlangen gestellt, der Finanzminister möge zunächst angeben, wie hoch die Gesamteinbusse Wiens ausschaue. In einer Zuschrift hat der Herr Finanzminister selbst eine Summe von mehr als 34 Millionen Schilling als diese Kürzung Wiens genannt. In der zweiten Sitzung wurde dem Finanzminister eine Gegenstellung übergeben, in der mit allen Einzelheiten nachgewiesen wird, dass seine Rechnung nicht stimmt. Als Folge des Eingriffes in das Fürsorgeabgabengesetz ergibt sich nicht ein Entgang von 500.000 Schilling, sondern von mindestens 3'4 Millionen Schilling. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass dadurch so viele Maschen geöffnet werden, dass der Schaden ebensogut doppelt so hoch und noch mehr sein kann, weil die geplante Änderung Umgehungen aller Art Tür und Tor öffnet, ja geradezu zu solchen anreizt. Auch bei dem Krankenanstaltengesetz ist die Beeinträchtigung Wiens grösser, wozu noch kommt, dass die Verpflegskosten überhaupt im Ansteigen sind, also weitere Belastungen sich ergeben werden. Es kann als durchaus feststehend angegeben werden, und beinhaltet gar keine Uebertreibung, dass durch die verschiedenen Massnahmen Wien zumindest vierzig Millionen Schilling entzogen werden sollen. Dabei ist die Wegnahme der sehr entwicklungs-fähigen Benzinsteuer noch gar nicht taxiert. Es ist ganz selbstverständlich, wenn die Wiener Bevölkerung angesichts der sich ergebenden Folgen in grösste Besorgnis und Aufregung gerät. Man braucht demgegenüber nur die Gesamtpost für die Wiener Gemeindegasse von 3'8 Millionen Schilling zu stellen und wir sehen, dass selbst mit der völligen Streichung dieser Budgetpost gar nichts erreicht werden kann. Unrichtig ist es, dass die Besorgung der Verkehrspolizei neue Ausgaben bewirken würde. Dieser Dienst kann, was bereits zweifellos erhoben wurde, mit dem systemisierten Stand von 1000 Mann Gemeindegasse vollkommen klaglos besorgt werden. Wenn die Gemeinde irgendeinmal, als man von ihr besondere Zuschüsse für die Bundestheater verlangte, darauf erwiderte, dass in diesem Falle auch die Verwaltung an sie übergehen müsse, so ist das doch niemals zu einer Budgetpost geworden und daran kann also nichts weggestrichen und erspart werden. Gegenüber dem entscheidenden Hinweis des Stadtrates Kunschak, die Gemeinde möge den Wohnbau aus Anleihen bestreiten, sei folgendes zu sagen: Seit 1. Jänner 1924 bis Ende dieses Jahres wird die Ausgabe der Gemeinde für Wohnhausbauten und dazu gehörige Grunderwerbungen rund 500 Millionen Schilling betragen. Niemals wäre es möglich gewesen, eine Anleihe in dieser Höhe für die den Kapitalisten als gänzlich unproduktiv erscheinenden Wohnhausbauten zu erlangen. Aber wenn es sogar der Fall gewesen wäre, dann würde mehr als die gesamte Wohnbauleihe für die Verzinsung und Tilgung gebunden sein. Die Verwaltung würde eben jetzt vor der Notwendigkeit stehen, eine zweite Wohnbauleihe von rund 500 Millionen Schilling für die nächsten fünf Jahre aufzunehmen. Das wäre also